

# Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands  
und Publikationsorgan der Zentral-Famken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Er erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Gotha, 20. Januar 1918. 32. Jahrg. 3 separate kosten 50 Pfg. die einseitige Zeitzeile. Bei Wiederholungen 20 Pfg. Stufenvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

## Inhaltsverzeichnis.

Einiges über die Verhältnisse in den Weissenfelder Schuhfabriken. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfmittel. — Aus unserer Beruf. — Demokratie und Diktatur. — Hochkonjunktur für das Kapital. — Spiegel der Gewerkschaftsbewegung. — Wie sie durchhalten. — Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin. — Verbandsnachrichten. — Ehrenliste. — Sterbetafel.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Für alle Frauen. — Mary Wollstonecraft. — Soll man bei offenem Fenster schlafen? Feuilleton: Der Waldsteig.

unlebensfähige Zwischensfälle. Ein Fabrikant verweigert die Bezahlung mit dem Bemerkten: Die Arbeiter hätten ja nicht arbeiten wollen, deshalb sei er auch nicht verpflichtet, zu zahlen." Natürlich ist dem Arbeiter in der jetzigen Zeit am Vornehmsten nichts gelegen, aber um eine Ausrede waren die Fabrikanten noch nie verlegen. Ein Arbeiter, welcher sein Recht selbst vertrat, wurde mit den früher üblichen Ausdrücken wie „Seher“, „Aufwieglar“ usw. bedacht. Daß es Schlägen droht, auch hier zur Anwendung kam, sei nebenbei bemerkt. Damit glaubt man, die Arbeiter einschüchtern zu können. Die betreffenden Arbeiter wissen aber nur zu gut, daß es noch Leute gibt in Fabrikantentrieben, die weit früher für den Schlägenreißer sind, es bisher aber verstanden haben, durch ihre Verbindungen und Einflüsse sich zu drücken. Auch mit der Kündigung war betr. Herr schnell bei der Hand, trotzdem er denselben Arbeiter kurze Zeit vorher die Entlassung unter Berufung auf das Hilfsdienstgesetz verweigert hatte. Es wird es gemacht! Was Wunder, wenn sich in den Arbeitern der Glaube immer mehr festsetzt, daß das Hilfsdienstgesetz nur für sie Geltung hat und nicht für die Unternehmer. Ein anderer Fabrikant hat die Arbeiter trösten wollen, indem er ihnen Vorschlag machte. Diejenigen Arbeiter, die dieses mit dem Bemerkten ablehnten, daß sie nicht Vorkauf, sondern den ihnen zustehenden Lohn beanspruchen, erhielten überhaupt nichts, sie konnten zusehen, wie sie über die Festzettel mit leeren Händen ihr Leben fristen. Ein anderer Fabrikant gab die vertraglich übernommene Feuerungsanlage wohl für die gearbeiteten Stunden, aber nicht für die gewohnenerweise gefertigt.

1 058 911 berufstätigen Mitglieder aller Gewerkschaften waren 7065 (2248 männliche und 4856 weibliche) arbeitslos, davon 38 auf der Reife. Sie machten 0,7 Prozent gegen 1,7 Prozent im Oktober aus.

In den größeren Einzelstaaten gestaltete sich der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Defizite Stellen
Preußen . . . . .	331 (431)	961 (1178)	222 (344)
Bayern . . . . .	285 (311)	359 (343)	92 (101)
Sachsen . . . . .	16 (14)	56 (58)	7 (8)
Württemberg . . . . .	85 (37)	144 (178)	26 (29)
Baden . . . . .	28 (39)	117 (90)	22 (23)
Hessen . . . . .	18 (31)	41 (95)	9 (28)
Hamburg . . . . .	17 (12)	84 (29)	14 (11)
Elb-Lothringen . . . . .	46 (32)	81 (53)	29 (20)

## Einiges über die Verhältnisse in den Weissenfelder Schuhfabriken.

Daß ein Teil der Weissenfelder Schuhfabrikanten noch immer nicht von seinen bisher geübten Praktiken abgehen kann, haben die hinter uns liegenden Feiertage treffend gezeigt. Es fehlt eben so manden dieser Herren das Verständnis für die jetzige Zeit. Sie sind immer noch befangen in ihren alten Vorurteilen, nach denen sie die Arbeiter nicht als gleichberechtigte Menschen, sondern als Belotenen betrachten, an ihnen ist der Weltkrieg, diese einzig in ihrem Umfange dastehende Umwälzung durch spurlos vorübergegangen. Die so oft beteuerte Opferfreudigkeit der besseren Klassen hat sich ja stets dann in rechten Dingen gezeigt, wenn es galt, Profitinteressen zu vertreten. Wie knüpfte man doch bei Beginn des Krieges die hoffnungsvollsten Erwartungen an dieses Ereignis. Man versprach sich eine ungeahnte Auslösung der sittlichen und moralischen Kräfte der Menschheit, eine Läuterung des Volksempfindens und Denkens, und gerade das Gegenteil ist eingetreten. Der krasseste Materialismus vertritt sein Haupt mit jedem Tage höher; der Wucher vergriffet den Volkstörper, und die Regierung ist nicht imstande, das schmutzige Treiben dieser inneren Schlagschiffen weislich zu bekämpfen. Die Lebensverhältnisse gestalten sich immer schwieriger, und gerade in Weissenfeld haben die Arbeiter darunter zu leiden. Wenn man aber aus letzterem schließen wollte, daß die betreffenden Fabrikanten auch ein Herz für die Not der Arbeiter haben, so irrt man sich. Es gibt ja auch hier weiße Raben, aber diese sind so selten, daß sie nicht den Ausschlag geben. Gewiß sind auch hier die Köpfe der Schuhfabrikarbeiter gestiegen, aber sie sind weit davon entfernt, einen Ausgleich für die gestiegenen Lebensmittelpreise zu bieten. Was übrigens an Lohnaufbesserung erreicht wurde, mußte den Fabrikanten Schritt für Schritt abgerungen werden. Da man an dem Errungenen nichts ändern kann, und die Arbeiter auch auf dem Posten sind, benutet man die sich bietenden Gelegenheiten, die Arbeiter um den ihnen zustehenden Lohn zu bringen. Eine solche waren für die Fabrikanten die Weihnachtstage. Ein Teil schickte seine Arbeiter vor dem Feste nach Hause und bestellte sie erst zu dem 2. Januar wieder. Daß dieses unangenehm ist, wissen die Fabrikanten sehr wohl, sie rechnen aber mit der Saumseligkeit der Arbeiter, die ihnen schon so oftmals Mittel zum Zweck war. Aus der Bestimmung des Lebenswahrungsausschusses vom 28. September 1918 geht deutlich hervor, daß bei etwaigen Auslegungen, Warenmangel, Betriebsförderung und anderen Gründen, wo den Arbeitern die Schuld nicht trifft, der Fabrikant verpflichtet ist, für ausfallende Tage Ersatz zu leisten. Im übrigen schreibt ja auch das Hilfsdienstgesetz vor, daß kein Betrieb ohne triftigen Grund stillliegen darf, im Gegenteil muß alles versucht werden, die Produktion zu steigern. Wie ernst man diese Angelegenheit auf den zuständigen Stellen nimmt, zeigt ein neuerlicher Erlass des Kriegsministeriums, wonach möglichst alle garnison- und arbeitsverwendbaren Schuhmacher und Schuhfabrikarbeiter entlassen werden sollen, um der drohenden Knappheit an Schuhen und Stiefeln zu steuern. Trotzdem bringen es die betreffenden Unternehmer fertig, ihre Arbeiter fast zwei Wochen nach Hause zu schicken. Da die Arbeitererschaft auf eine Bezahlung der ausfallenden Arbeitstage dringt, bringt jeder Tag neu

Es sind dieses nur einige Beispiele, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß es eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital niemals geben kann. Selbst jetzt in der Kriegszeit glaubt man die Arbeiter mit dem wirtschaftlichen Boykott mürbe machen zu können. Erst in letzter Zeit haben die Fabrikanten eine Ueberreue getroffen, nach der keiner dem anderen die Arbeiter weggeben soll und darf. Das bedeutet in der Praxis daselbe wie früher die schwarzen Listen und hat nur den einen Zweck, die Arbeiter noch mehr in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Kollegen, Schuhfabrikarbeiter! Es gilt die Augen offenzuhalten und jederzeit auf dem Posten zu sein. Die Ueberzucht ist der beste Dieb, das gilt auch hier. Es muß hier noch tüchtig gearbeitet werden, um einen Lohn zu erzielen, welcher den Arbeiterfamilien in der jetzigen schweren Zeit ein anständiges Auskommen sichert. Einzelnen sind die Arbeiter hilflos, aber geschlossen bilden sie eine Macht, die die Unternehmer schon oftmals fürchten gelernt haben. Da auf gütlichem Wege selten etwas erreicht werden kann, so muß mit zäher Beharrlichkeit und Ausdauer Schritt für Schritt um jede Verbesserung gekämpft werden. Um dies durchzuführen, muß hinter den Arbeitern eine gutgeleitete Organisation stehen, die rücksichtslos ihre Interessen vertritt. Das letztere kann mit Recht von der Verwaltungstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher in Weissenfeld gesagt werden. Welches Vertrauen schon jetzt die hiesigen Schuhfabrikarbeiter ihrem Verbands entgegenbringen, beweist ja am besten die stetig wachsende Mitgliederzahl desselben. Leider gibt es immer noch viele, die den Weg zur Organisation immer noch nicht gefunden haben; für diese mögen die vorstehend geschilderten Vorkommnisse der Ansporn sein, sich endlich aufzuraffen und ungekündigt ihren Eintritt in den Zentralverband der Schuhmacher zu vollziehen.

## Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ verzeichneten im Monat November die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 795 (im Oktober 946) Arbeitsuchende, 1894 (2149) offene und 441 (588) besetzte Stellen. Wiedermals alle drei Abteilungen einen weiteren Rückgang auf den stärksten die offenen Stellen, von denen ein gutes Viertel besetzt werden konnte. Auf 100 offene Stellen kamen 41 Arbeitsuchende gegen 44 im Oktober. Von den 15 245 (Befamtszahl 17 890) Mitgliedern (8734 männliche und 6511 weibliche) waren 108 arbeitslos, davon 2 auf der Reife; sie machten 0,7 Prozent gegen 0,8 Prozent der von der Berichterstattung erfassten Mitglieder aus. Von den

In allen acht Staaten gab es viel mehr offene Stellen als Arbeitsuchende, in Baden mehr als viermal so viel, wobei aber alle Zahlen klein sind, am auffälligsten in Sachsen mit seiner bedeutenden Schuhindustrie. In Hamburg und Elb-Lothringen kamen nur zwei Arbeitsuchende auf eine offene Stelle.

In den Berichten der Industrie wird über die Lage der Schuhindustrie gesagt: „Die Schuhfabriken können meist Änderungen von Belang nicht vermerken. Teilweise war etwas besser als im Vormonat zu tun; vereinzelt wird aber eine Abschwächung angegeben. In einigen Fällen wird auch gegenüber dem Vorjahre ein Rückgang verzeichnet. Die Mehrzahl der Berichte schildert die Lage gegen November 1916 aber als unverändert.“

Aus Bayern wird berichtet, daß in Dirmasens die Lage der Schuhindustrie immer ungünstiger wird. Die Unterbringung der entlassenen Arbeitskräfte stößt auf große Schwierigkeiten.

Was die Lage der ausländischen Schuhindustrie betrifft, so wird aus Holland berichtet, daß sie sehr mäßig zu arbeiten hatte. Vielfach wird eine Beschränkung der Arbeitszeit gemeldet. In England hingegen war die Schuhindustrie sehr reger beschäftigt. In den Vereinigten Staaten von Amerika war im Monat September die Zahl der in der Schuhindustrie beschäftigten Personen um 4,7 Prozent geringer als im gleichen Monat 1916.

Bemerkenswert ist, daß in Amerika der durchschnittliche Wochenlohn für die gesamte Arbeiterschaft im August 1917 88,48 Mk. betrug gegen 60,16 Mk. im August 1916. Im Vergleich damit sind die Arbeitslöhne in Deutschland noch weit zurückgeblieben.

## Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfmittel.

In den letzten Monaten hat eine Reihe von Gewerkschaften eine Erhöhung, teilweise in gestufter Weise, und auch eine Änderung in den Leistungen vorgenommen. Der Metallarbeiterverband erhöhte die Beiträge, den gleichen Spüren folgten die Verbände der Brauerer- und Mühlenarbeiter, Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler und Portefeulser, sowie der Fabrikarbeiter; eine Reichskonferenz der Holzarbeiter hat einem Antrage auf Erhöhung der Beiträge ebenfalls zugestimmt. In anderen Verbänden steht die Frage zur Entscheidung, so bei den Bauarbeitern, Gemeindefunktionären und den Hausangestellten; die Organisation der Gärtner fordert von den Mitgliedern freiwillige Beiträge zwecks Wiederaufbau der Organisation.

In manchen Fällen hatte man schon durch die Erhebung von Ertragsbeiträgen versucht, den wachsenden Ansprüchen an die Gewerkschaften wenigstens vorübergehend Genüge zu leisten. Wie die Verhältnisse liegen, werden schließlich aber wohl fast alle Verbände zu erhöhten regelmäßigen Beiträgen gezwungen sein, um die gestiegenen und weiter wachsenden Ansprüche mit den Einnahmen in Einklang zu bringen.

Die Ursachen der größeren Zufuwenden liegen teils in der Vergangenheit, teils in der Zukunft. In der Vergangenheit insoweit als die Einderufungen zum Militärdienst ganz erheblich gesteigerte Unterfuhungen an die Familien der Mitglieder erforderlich machten, bei Verminderung der Beitragszahlungen. In den ersten Monaten der

Kriegszeit wurden die Klassen weiter in starkem Maße in-  
folge umfassender Arbeitlosigkeit in Anspruch genommen.  
Schließlich hat die allgemeine Forderung auch die Agita-  
tion, die Herausgabe der Zeitungen, Druckfachen aller  
Art usw. beträchtlich verteuert. Ein Teil der hieraus ent-  
springenden Mehraufgaben werden auch noch lange nach  
Beendigung des Krieges in Wirklichkeit bleiben, weil die  
erhöhten Preise und Unkosten über den Friedensschluß hin-  
aus zu tragen sein werden.

Von viel größerer Bedeutung sind die anderen Um-  
stände, die eine Steigerung der gewerkschaftlichen Leistungen  
in der Zukunft bedingen. Bleiben wir zunächst bei dem  
gulegt herausgestellten Umstand: der Feuerung! Auf noch  
viele Jahre hinaus wird sie den Haushalt der Arbeiter in  
sehr empfindlicher Weise betreffen. Diesem Umstand mußte  
und muß auch in den Unterhaltungsfragen — bei Erwerbs-  
losigkeit, Streiks und Aussperrungen — Rechnung getragen  
werden. Teilweise sind die Unterhaltungen erhöht worden  
oder man half sich durch Bewilligung von Erstattungen.  
Damit reicht man aber nicht aus, wenn die Kriegsun-  
terstützungen von Staat und Gemeinden fortfallen, arbeits-  
los Verbandsmitglieder in ihren Familien usw. ausschließlich von  
der Unterstützung aus der Organisation existieren sollen.

Und was noch schwer ins Gewicht fällt, ist der Um-  
stand: daß auch vielleicht längere Jahre nach Beendigung  
des Krieges große Schichten von Arbeitern und Arbeiter-  
innen kurze oder ausgeübte Zeit arbeits- und erwerbslos  
sein werden. Wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse un-  
mittelbar nach dem Kriege gestalten, das kann bestimmt  
heute noch niemand sagen, aber erwartet wohl, daß die  
Millionenjahr der jetzigen Feldgrauen, wenn sie in die  
Selbstständigkeit und Beschäftigung treten, alsbald rest-  
los wieder passende und ausreichend lohnende Arbeitsplätze  
gefunden haben könnte? So spricht kann kein Mensch sein!

Su befürchten ist, daß die Zahl der Arbeitslosen aus  
den Reihen der ehemaligen Feldgrauen oder aus den von  
diesen aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis Verdrängten  
sehr umfassend sein wird und daß eine bisher noch nie er-  
lebte Gesamtsituation arbeitsloser Tage herauskommt, für  
die aus den Gewerkschaftsklassen Unterhaltungen geleistet  
werden müssen.

Und diese Unterhaltungen dürfen wieder auch nicht ge-  
ring sein, sonst besteht die große, sehr große Gefahr, daß  
sich die Arbeiter gegenseitig die Löhne herunterdrücken, um  
einem Platz in der Warenzeugung zu erlangen oder ihn  
gegen Angriffe von Arbeitssuchenden zu behaupten.

Die Unternehmer werden sicher nicht verfehlen, das  
Mittel der Konkurrenz unter den noch Arbeitsstellen drän-  
genden Arbeiterinnen und Arbeitern zum Zweck der Lohn-  
drückerei auszunutzen. Dabei kommt ihnen der Umstand  
der Unterschiedlichkeit zwischen den Löhnen für männliche  
und weibliche Arbeitskraft leider sehr erfolgreich zu Hilfe.

Ueberhaupt spielt die Frage der Lohnsicherung bei den  
genannten Aufgaben der Gewerkschaften ungewissheitlich die  
allerwichtigste Rolle. Nicht in allen Berufen und keines-  
wegs für alle Arbeitsträfte einzelner Berufsgruppen sind  
die Löhne während des Krieges derartig erhöht worden,  
daß sie als ausreichend zur Bestreitung der notwendigen  
Bedarfsgegenstände angesehen werden können. Trotzdem  
sind die Unternehmer schon jetzt bemüht, die Löhne zu  
kürzen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände  
hat vor kurzem den Versuch gemacht, das Kriegsamt für  
diese Frage zu interessieren. Insbesondere sollte das Kriegsamt  
die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegen-  
kommen gegenüber den Arbeiterforderungen einbäumen  
und den Unternehmern dabei beistehen. Auf ihrer  
Tagung im Oktober v. S. sind entsprechende Maßnahmen  
beschlossen worden.

Schon jetzt wird versucht, Lohnrückstellungen vorzunehmen.  
Um wieviel mehr ist dies zu erwarten, wenn nach dem  
Kriege oder schon bei Aufheben der Rämpfe die Aufträge  
für Kriegsmaterial nachlassen und wenn dadurch und durch  
das Zurückfluten der Massen, die jetzt Herrensdiel leisten,  
Arbeitskräfte in Ueberfluß da sein werden.

Seit Monaten erörtern die Vereinigungen und die  
Presse der Unternehmer die Frage, wie sie am zweckdien-  
lichsten den Abbau der Löhne vornehmen können. In erster  
Linie rechnet man natürlich auf den Druck, den ein starkes  
Angebot von Arbeitskräften von selbst auf den Lohn  
ausübt. Dieser Druck ist um so stärker, je höher die Zahl  
der Unorganisierten und je weniger die Gewerkschaften in  
der Lage sind, die Arbeitslosen so kräftig zu unterstützen,  
daß nicht Hunger und Not sie willenlos in die Arme des  
Kapitals treibt.

Man muß sich ja leider mit der Tatsache abfinden,  
daß erst ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Arbeitern  
genügend klare Einblicke in die wirtschaftlichen Zusammen-  
hänge erlangt hat, um zu wissen, daß einiges Sagdalen aller  
der Willkür des Unternehmertums Grenzen zu setzen ver-  
mag. Daher steht es in der Gesamtheit an dem unange-  
nehmen Willen, für die Erreichung des ausreichenden ent-  
scheidenden Zieles, bei der Festsetzung der Arbeitsbedin-  
gungen entscheidend mitzusprechen, die zeitweilig erforder-  
lichen Opfer zu bringen. Ein großer Teil der Berufs-  
angehörigen wird nämlich durch die Bewöhrung von Unter-  
haltungen dazu geneigt gemacht werden müssen, nicht  
kampfbos Arbeitswilligendienste zu leisten und als Lohn-  
drücker sich mißbrauchen zu lassen.

Das Unternehmertum will sich jedoch nicht damit be-  
gnügen, den Druck der Arbeitsarmut wirken zu lassen  
und auch die Einschüchternheit eines erheblichen Teiles der  
Arbeiterkass zu bauen: es trifft auch Vorbereitung, die  
das Herunterziehen der Löhne nachahmlich fördern sollen.  
Das ist die planmäßige Reduzierung der ganzen Ver-  
triebsweise, die Erziehung der menschlichen Arbeitskraft  
durch Maschinen aller Art. Dadurch wird die massenbaste

Verwendung ungelerner Arbeitskräfte ermöglicht; als  
qualifizierte Arbeiter braucht man dann nur noch eine ver-  
hältnismäßig kleine Schicht von Vorarbeitern und Ein-  
richtern. Diese Leute sollen ziemlich gut entlohnt werden,  
die andern dagegen will man mit sehr niedrigen Löhnen  
abfeisen.

Die stärkere Scheidung der Arbeiter in sehr gering be-  
zahlte Kräfte und verhältnismäßig weit besser entlohnte  
bringt soziale Gegensätze in die Arbeiterschaft hinein, die  
man nach längst geübter Weise zum Nachteil der allge-  
meinen Arbeitsbedingungen und der größeren Masse der  
an der nicht qualifizierten Tätigkeit Beschäftigten auszu-  
nutzen geist.

Es liegt klar auf der Hand, daß sich hier für die Ar-  
beiterschaft Gefahren auch nur, die eine große, starke  
Kampfbereitschaft erfordern, sollen die Verhältnisse sich  
nicht in sehr schmerzvoller Weise zu Ungunsten der Arbeiter  
wenden.

Wedeutende Mittel für die zu erwartenden Kämpfe  
sind erforderlich, außerdem beist die anhaltende Feuerung  
eine Erhöhung aller Unterhaltungsleistungen.

Da ist es klar, daß auch eine kräftige Steigerung der  
Einnahmen erforderlich ist und das bedingt eben: Erhöhung  
des Beitrages!

Bisher hat sich ja auch gezeigt, daß die Mitglieder,  
wo die Frage der Beitragserhöhung an sie herangetreten  
ist, sie den veränderten Verhältnissen volles Verständnis  
entgegengebracht haben. Es ist auch zu erwarten, daß die  
Mitglieder der Verbände, die noch vor der Regelung  
der Beitrags- und Leistungsfragen stehen, in dem gleichen  
Sinne entscheiden werden.

Selbstverständlich muß dabei nimmer die Stärkung der  
Kampfbereitschaft und der Kampfbereitschaft das Entscheidende  
sein. Die Unterhaltungen dürfen nicht Selbstzweck sein,  
sondern nur Mittel zu dem Zweck, die Grundlage zu  
schaffen, um bei den Auseinandersetzungen mit dem Kapital  
kampfbos die Interessen der Arbeiter erfolgreich wahr-  
nehmen zu können.

Die bestehenden Gegensätze können nicht durch Bar-  
monienmollen überbrückt werden. Entweder die Arbeiter  
rücken zum Kampf oder sie beugen sich werlos unter der  
Willkür des Kapitals. Ueber dieses „entweder — oder“  
kommt man nicht hinweg.

## Aus unserem Beruf.

Strittig ist der Begriff „jeder Zeit“ bei einem Arbeits-  
verhältnis betreffs Kündigungsausschlusses. Die Kläger ston-  
den gegen Stundenlohn in Tätigkeit und wurden nachmittags  
1/3 Uhr, als sie sich zur Arbeit begaben, um eine neunstün-  
dige Schicht anzutreten, wegen Arbeitsmangel entlassen.  
Festgestellt wurde allerdings, daß die Arbeitgeberin keine  
Arbeit mehr für sie hatte. Die Arbeitnehmer verlangen von  
der Beklagten eine Lohnvergütung für einen Tag und be-  
gründen ihre Forderung damit, daß die Entlassung am  
Schlusse der vorhergehenden Arbeitsschicht hätte erfolgen  
müssen. Der Beklagte wies darauf hin, daß die Arbeitneh-  
mer bei ihrer Einstellung vereinbart hätten, das Arbeitsver-  
hältnis jederzeit lösen zu können und erklärten, wie die Ar-  
beiter dieses Recht in Anspruch nehmen, so müsse ihnen die  
von den Arbeitgebern das gleiche Recht der sofortigen Ar-  
beitsniederlegung eingeräumt werden. Die beklagte Firma  
ist zur Zahlung eines Schichtlohnes verurteilt worden. Bei  
Aufhebung des Arbeitsverhältnisses jeder Zeit ist nach Treu  
und Glauben die Vertriebsweise möglich zum Unterhalt  
der sonstigen gesetzlichen 14tägigen Kündigung. In vorlie-  
gendem Falle handelt es sich nicht um Ausübungsarbeiten,  
die eine andere Auslegung bedingten. Bei dauernder Beschäfti-  
gung ist der Tag die geringste Arbeitseinheit und daher ist  
Beginn des Tages das Arbeitsverhältnis nicht zu lösen, da  
es sich in diesem Falle um eine monatliche Beschäftigung ge-  
handelt hatte.

## Demokratie und Diktatur.

Von Karl Kautsk.

I.

Die Sozialdemokratie ist, wie schon ihr Name besagt,  
eine demokratische Partei. Sie will ihre sozialen Ziele mit  
den Mitteln der Demokratie erreichen. Sie proklamiert  
sie auch die Diktatur des Proletariats als Mittel. Den Sozial-  
ismus durchzuführen. Stehen diese beiden Methoden nicht in  
Widerspruch einander.

Diese Frage ist akt geworden durch das bolschewistische  
Regime in Rußland. Es ist heute in Deutschland nicht leicht,  
zu nem abschließenden Urteil über die neueste Phase des  
Bolschewismus zu gelangen. Es fehlt zu sehr an ausreichenden  
und zuverlässigen Nachrichten. Sicher müssen wir auf  
das Lebhafteste wünschen, daß ihr Wirten Erfolg hat, denn  
sie haben, obwohl sie nur eine Fraktion des russischen Sozial-  
ismus repräsentieren, doch dessen ganze nächste Zukunft,  
ja die der russischen Demokratie überhaupt von sich abhängig  
gemacht.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß wir deshalb die bol-  
schewistischen Methoden unbedenken zu verbrüchen haben.  
Im Gegenteil, sie verhängnisvoller nicht bloß für den rus-  
sischen, sondern den internationalen Sozialismus jeder falsche  
Schritt werden kann, den sie tun, umsoher ist es unsere  
Pflicht, sie zu warnen, wenn wir vermaßen, sie seien im  
Begriff, einen solchen Schritt zu vollziehen. Wir haben zu  
ihnen gegenüber keineswegs in blinde Apologeten zu ver-  
wandeln.

Zweierlei dürfen allerdings die Bolschewisten von uns

verlangen, einmal, daß unsere Kritik keine gehässige, un-  
dann, daß sie vorfristig sei, sich nur auf verbürgte Tatsachen  
stütze, nicht jedes Gerücht sofort für bare Münze nehme.  
Ehe wir aber zu ihrem Vorhaben Stellung nehmen, müssen  
wir uns klar geworden sein über unser eigenen Stand-  
punkt, und da kommt jetzt vor allem die Frage des Verhält-  
nisses von Demokratie und Diktatur in Betracht.

Als Margiten erkennen wir kein Naturrecht an. Wir  
begründen die Demokratie nicht auf die ewigen Menschen-  
rechte, sondern auf das Wesen und die historischen Aufgaben  
des Proletariats. Wir sind Sozialdemokraten auf der  
Grundlage des proletarischen Kampfes, um diesen  
zur Befreiung des Proletariats zu führen, die die Befrei-  
ung jeder unterdrückten und ausgebeuteten Menschenschicht  
überhaupt in sich schließt.

Das Proletariat muß sich selbst befreien, es hat von  
keiner anderen Klasse dabei Hilfe zu erwarten. Um seine  
intellektuellen und organisierten Kräfte zu entfalten, bedarf  
es der Demokratie. In der Demokratie treten  
auch die Gegensätze der Klassen am unverkürzten zutage.

Die jeder Klassenkampf ist der des Proletariats als ein poli-  
tischer Kampf. Die wirksamste politische Waffe des Prole-  
tariats ist seine Masse. Um sie zur Geltung zu bringen, bedarf  
es wieder der Demokratie.

Wo es unter der Demokratie nicht zur Herrschaft komme  
rührt das entweder daher, daß es noch nicht zahlreich genug  
ist, daß es noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung umfaßt,  
daß noch die bestgehenden Klassen überwiegen. Oder daher,  
daß große Teile der arbeitenden Klassen noch geistig unent-  
ständig sind, sich von den bürgerlichen Parteien nachführen  
lassen, oder endlich aber, daß unter denjenigen seiner Klasse,  
die ein selbständiges Klassenbewußtsein gewonnen haben,  
viele noch an ihrer Kraft zweifeln und glauben, mehr zu er-  
reichen, wenn sie an das Wohlwollen bürgerlicher Elemente  
appellieren, als wenn sie den rückständigsten Klassenkampf  
führen.

Wenn in solchen Fällen die Demokratie versagt, so be-  
weist das nicht ihre Auslosigkeit, sondern nur die Unreife  
des Proletariats oder der Verhältnisse, unter denen es sich  
beweist. Wir werden dadurch nicht der Pflicht enthoben,  
überall und unter Umständen die Demokratie hoch zu halten.

II.

Wie steht's nun mit der Diktatur? „Die Gewalt ist  
der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen  
schwanger geht“, sagt Marx im „Kapital“. Er spricht oben  
nicht von Rord und Zwang, sondern von der Staats-  
macht, der konzentrierten und organisierten Gewalt der Ge-  
sellschaft, die von einer neu aufkommenden Klasse erobert  
und sich dienstbar gemacht wird. Wie das andere Klassen  
vor ihm toten, soll es nun das Proletariat tun und so seine  
„Diktatur“ herbeiführen.

Doch diese Gewalt soll sich nicht gegen die Volksmasse  
richten, sie soll vielmehr aus ihr hervorgehen. Sie soll die  
Demokratie nicht aufheben, sondern vollenden. Mit dem  
Grundsatz der Demokratie vertritt sich sehr wohl Anwen-  
dung von Gewalt der Mehrheit gegen eine Minorität. Die als  
herrschende Klasse im Staat, auf ihre Machtmittel gestützt,  
den Massen die Bewilligung demokratischer Rechte verweigert,  
oder gegen eine Minorität, die durch Gewalttaten eine  
bestehende Demokratie umzustürzen und die Volksmasse  
rechtlos zu machen sucht. Die Sozialdemokratie lehnt in  
solchen Fällen die Anwendung von Gewalt gegen Gewalt  
keineswegs prinzipiell ab. Wir sind nicht Tolstojaner. Die  
Anwendung von Gewalt zur Abwehr eines gewalttätigen  
Angriffs auf bestehende demokratische Errungenschaften er-  
scheint uns nicht nur als Recht, sondern geradezu als Pflicht  
gegenüber der Demokratie. Die Anwendung von Gewalt zur  
Erringung eines vorzeitigen Volksrechts wird von  
diesem Standpunkt aus zu einer Frage bloßer Zweckmäßig-  
keit. Man lehnt die Gewalt dort ab, wo sie keinen Erfolg  
verspricht. Denn ein Widerpolstarkt gemächlich den Gegner.  
Eine demokratische Partei, also auch eine sozialdemo-  
kratische, kommt aber in eine ganz falsche Position, die sie  
und das Proletariat aufs äußerste gefährdet, wenn sie ein-  
mal als Widerpart durch die Vertretung günstiger Umstände  
ans Staatsruhr kommt und daß n trachtet, sich gegen den  
Willen der Volksmehrheit durch Verkümmern oder Ver-  
gewaltigung der Demokratie zu behaupten. Sie mag damit  
Augenblicksinteresse erringen, sie sagt aber dabei den Akt ab,  
auf dem sie steht, zerstört die wichtigste Vorbedingung des  
höheren Fortschritts und Kräftigung des Proletariats.

Wo eine sozialdemokratische Regierung nicht die Mehr-  
heit des Volkes für sich gewinnt, bezugt das entweder, daß  
sie fehlerhaft operiert oder die Verhältnisse für den Sozial-  
ismus noch nicht reif sind. Nicht nur in dem einen, son-  
dern auch in dem andern Falle droht dem Proletariat große  
Schädigung, wenn sie versucht, sich auf Kosten der Demo-  
kratie gewaltfam durchzusetzen. Sie muß entweder trachten,  
eine breitere Basis zu gewinnen, indem sie sich mit anderen  
demokratischen Schichten verbündet und ihre Politik danach  
einrichtet — oder aber, wenn sie eine Koalition mit wüch-  
serproletarischen Parteien vertritt — und eine solche unter-  
liegt für eine proletarische Partei stets großen Bedenken —  
dann muß sie es verstehen, in geeigneter Weise, ohne Er-  
kündigung der Demokratie anderen demokratischen Elementen,  
die die Volksmehrheit hinter sich haben. Platz zu machen,  
und diesem demokratischen Regime gegenüber die Rolle  
einer überwachenden und vorwärtstreibenden Macht zu  
übernehmen.

Die Diktatur des Proletariats kann erfolgreich nur  
wirken, als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minorität,  
sie bedroht uns mit den traurigsten und verwerflichsten  
Verirrungen, wenn sie sich als Herrschaft einer Minorität  
über die Masse durchsetzen will.

Die Sozialdemokratie  
für das allgemeine  
Verständnis ein  
in den meisten  
begünstigt.  
Die Erfolg  
bürgerlichen  
unten vor zu for-  
abzulegen, wo  
So fordern wir  
Regierung von  
Königliche Mehr-  
schaft. Natür-  
Parlaments so  
großer, je un-  
staturperioden.  
dann haben  
de von ihnen  
die Regierung  
erklärte Verhält-  
de an der Ma-  
tischer Kampf.  
Die wirksamste politische Waffe des Prole-  
tariats ist seine Masse. Um sie zur Geltung zu bringen, bedarf  
es wieder der Demokratie.  
Wo es unter der Demokratie nicht zur Herrschaft komme  
rührt das entweder daher, daß es noch nicht zahlreich genug  
ist, daß es noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung umfaßt,  
daß noch die bestgehenden Klassen überwiegen. Oder daher,  
daß große Teile der arbeitenden Klassen noch geistig unent-  
ständig sind, sich von den bürgerlichen Parteien nachführen  
lassen, oder endlich aber, daß unter denjenigen seiner Klasse,  
die ein selbständiges Klassenbewußtsein gewonnen haben,  
viele noch an ihrer Kraft zweifeln und glauben, mehr zu er-  
reichen, wenn sie an das Wohlwollen bürgerlicher Elemente  
appellieren, als wenn sie den rückständigsten Klassenkampf  
führen.  
Wenn in solchen Fällen die Demokratie versagt, so be-  
weist das nicht ihre Auslosigkeit, sondern nur die Unreife  
des Proletariats oder der Verhältnisse, unter denen es sich  
beweist. Wir werden dadurch nicht der Pflicht enthoben,  
überall und unter Umständen die Demokratie hoch zu halten.  
II.  
Wie steht's nun mit der Diktatur? „Die Gewalt ist  
der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen  
schwanger geht“, sagt Marx im „Kapital“. Er spricht oben  
nicht von Rord und Zwang, sondern von der Staats-  
macht, der konzentrierten und organisierten Gewalt der Ge-  
sellschaft, die von einer neu aufkommenden Klasse erobert  
und sich dienstbar gemacht wird. Wie das andere Klassen  
vor ihm toten, soll es nun das Proletariat tun und so seine  
„Diktatur“ herbeiführen.  
Doch diese Gewalt soll sich nicht gegen die Volksmasse  
richten, sie soll vielmehr aus ihr hervorgehen. Sie soll die  
Demokratie nicht aufheben, sondern vollenden. Mit dem  
Grundsatz der Demokratie vertritt sich sehr wohl Anwen-  
dung von Gewalt der Mehrheit gegen eine Minorität. Die als  
herrschende Klasse im Staat, auf ihre Machtmittel gestützt,  
den Massen die Bewilligung demokratischer Rechte verweigert,  
oder gegen eine Minorität, die durch Gewalttaten eine  
bestehende Demokratie umzustürzen und die Volksmasse  
rechtlos zu machen sucht. Die Sozialdemokratie lehnt in  
solchen Fällen die Anwendung von Gewalt gegen Gewalt  
keineswegs prinzipiell ab. Wir sind nicht Tolstojaner. Die  
Anwendung von Gewalt zur Abwehr eines gewalttätigen  
Angriffs auf bestehende demokratische Errungenschaften er-  
scheint uns nicht nur als Recht, sondern geradezu als Pflicht  
gegenüber der Demokratie. Die Anwendung von Gewalt zur  
Erringung eines vorzeitigen Volksrechts wird von  
diesem Standpunkt aus zu einer Frage bloßer Zweckmäßig-  
keit. Man lehnt die Gewalt dort ab, wo sie keinen Erfolg  
verspricht. Denn ein Widerpolstarkt gemächlich den Gegner.  
Eine demokratische Partei, also auch eine sozialdemo-  
kratische, kommt aber in eine ganz falsche Position, die sie  
und das Proletariat aufs äußerste gefährdet, wenn sie ein-  
mal als Widerpart durch die Vertretung günstiger Umstände  
ans Staatsruhr kommt und daß n trachtet, sich gegen den  
Willen der Volksmehrheit durch Verkümmern oder Ver-  
gewaltigung der Demokratie zu behaupten. Sie mag damit  
Augenblicksinteresse erringen, sie sagt aber dabei den Akt ab,  
auf dem sie steht, zerstört die wichtigste Vorbedingung des  
höheren Fortschritts und Kräftigung des Proletariats.  
Wo eine sozialdemokratische Regierung nicht die Mehr-  
heit des Volkes für sich gewinnt, bezugt das entweder, daß  
sie fehlerhaft operiert oder die Verhältnisse für den Sozial-  
ismus noch nicht reif sind. Nicht nur in dem einen, son-  
dern auch in dem andern Falle droht dem Proletariat große  
Schädigung, wenn sie versucht, sich auf Kosten der Demo-  
kratie gewaltfam durchzusetzen. Sie muß entweder trachten,  
eine breitere Basis zu gewinnen, indem sie sich mit anderen  
demokratischen Schichten verbündet und ihre Politik danach  
einrichtet — oder aber, wenn sie eine Koalition mit wüch-  
serproletarischen Parteien vertritt — und eine solche unter-  
liegt für eine proletarische Partei stets großen Bedenken —  
dann muß sie es verstehen, in geeigneter Weise, ohne Er-  
kündigung der Demokratie anderen demokratischen Elementen,  
die die Volksmehrheit hinter sich haben. Platz zu machen,  
und diesem demokratischen Regime gegenüber die Rolle  
einer überwachenden und vorwärtstreibenden Macht zu  
übernehmen.  
Die Diktatur des Proletariats kann erfolgreich nur  
wirken, als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minorität,  
sie bedroht uns mit den traurigsten und verwerflichsten  
Verirrungen, wenn sie sich als Herrschaft einer Minorität  
über die Masse durchsetzen will.

Die Sozialdemokratie ist stets und unter allen Umständen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, sowie für das allgemeine Wahlrecht eingetreten, obwohl das eine wie das andere in den meisten Fällen anfänglich realpolitische Tendenzen begegnet. Nicht der Augenwunderfall, sondern der glückliche Erfolg ist für uns entscheidend. Wir überlassen bürgerlichen Parteien die Politik, jede dieser Parteien hat zu fordern, wo sie ihren Vorteil vertritt und abzugeben, wo sie uns Vorteil bringen würde.

So fordern wir unter allen Umständen die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, auch dort, wo dieses eine partielle Mehrheit erhält, wie z. B. der jetzige deutsche Reichstag. Natürlich erstreben wir damit nicht die Allmacht des Parlaments, sondern seine Abhängigkeit vom Volk, die größer, je umfassender das Wahlrecht und je länger die Legislaturperioden. Ist das Parlament in freier Wahl gewählt, dann haben die Wähler alle Ursache, zu verlangen, dass von ihnen Gewählten als ihre Vertreter das Recht ist, die Regierung zu ernennen und zu übermachen. Das ist das Verhältnis, das eine Regierung, oder sonst eine an der Macht befindliche Körperschaft sich über das Recht der freien Wahl hinwegsetzt und es nach ihrem Willen fortigiert, wenn es ihr nicht paßt, bedeutet stets Grab der Demokratie, auch dort, wo die Regierung fortwährend gefolgt ist als das Parlament, und sie dessen Umwidmung im Interesse des Fortschritts antastet.

III.

Freilich kommt ein sozialistisches Regime bisher nur in den für revolutionären Zeiten, und da liegen die Dinge sehr verwickelt, sind nie so einfach wie in der Theorie. In revolutionären Zeiten sind alle politischen Kämpfe zunächst Kämpfe von Minoritäten gegen andere Minoritäten. Erst allmählich zeigt sich, hinter welcher der kämpfenden Minoritäten die Volksmasse steht. In dieser selbst überwiegen die Elemente, die mehr durch Stimmungen als durch klare Meinungen bewegt werden und die in revolutionären Zeiten mehr schwanken als sonst. Da läßt sich nicht immer entscheiden, wann eine Partei zu Gewaltmaßnahmen ist, ob damit die Mehrheit der Bevölkerung veranlaßt wird, der Gewalt einer Minorität begegnet wird, die im Anfang zur Mehrheit die Herrschaft erringen oder behalten will.

Aber so schwer auch oft in der revolutionären Praxis beiden Methoden der Gewaltanwendung sich trennen, in ihren Wirkungen sind sie jedenfalls grundverschieden. Die einen können unerlässlich sein, eine Revolution zu vollziehen, also eine demokratische Revolution, zu beenden. Die anderen führen, selbst bei großen anfänglichen Erfolgen, dahin, die Revolution selbst zu untergraben. Eine sozialistische revolutionäre Regierung kann im Anfang zur Volksmehrheit entweder deshalb geraten, weil sie zu unvorsichtig ist, sie zu begreifen, oder weil die ökonomischen Grundzüge noch eine so rückständige, das soziale Eingeständnis des Wirtschaftslebens nicht fördern, sondern hemmen und dadurch Not und Elend steigern, die der Volksmehrheit genügt. Der eine wie der andere dieser Wege wird nicht verbessert, sondern gesteigert, wenn das revolutionäre Regime die Opposition gewalttätig durch Anwendung der Demokratie niederhalten sucht. Es stürzt sich nicht als Opfer überlegener Gewalt, nicht in die Glorie des Märtyrers, der seine Überzeugungen überlebt — eine Glorie, die ansehnlich auf die nachkommenden Geschlechter wirkt, — sondern mit dem Fluche beladen der Herrschaft, die die Grundzüge verurteilt, Not und Elend vermehrt, die Demokratie zerstört zu haben. Die abgeworfene Reaktion braucht diese nicht mehr über den Kopf zu werfen, sie kann zur Abwertung der Revolution die Methoden fortsetzen, die die revolutionäre Minorität zur Rettung der Revolution anwandte.

Beugt sich dagegen eine revolutionäre Regierung vor Demokratie auch dann, wenn diese sich gegen sie ausstößt; proklamiert sie die Erhaltung der Demokratie als ein Gebot, dann mag sie unter Umständen, wenn die Mehrheit reaktant oder gefällig ist, der Reaktion Platz machen müssen, aber diese findet eine unerlöschliche demokratische Basis vor, die sie sich anpassen muß und die es den künftigen ermöglicht, in wirksamster Weise das Denken der Volkseele fortzuführen, und so den neuen Aufbruch der revolutionären Sache anzubahnen.

Das Streben nach der Diktatur des Proletariats braucht keineswegs eine auch nur vorübergehende Aufhebung der Demokratie zu bedeuten.

IV.

In ihren Anfängen stand freilich die Idee der proletarischen Diktatur in einem Gegensatz zur Idee der Demokratie. Diese legt Interesse breiter Volksmassen für die Zukunft voraus. Das sollte lange, auch noch während des Jahrhunderts in Westeuropa. Alles politische Leben konzentrierte sich in den Hauptstädten, den Sitzen der Regierung. Dort nahmen auch die Volksmassen an der politischen Tätigkeit teil, dort begann zuerst das Proletariat politischen Einfluss zu üben.

Das galt namentlich für das zentralisierte Frankreich der Revolutionszeit, die eine Welt für sich war. Paris trieb Frankreich. Paris zu erobern durfte das Proletariat am besten hoffen. Doch auch das Proletariat der Städte war in den Anfängen der proletarischen Bewegung zu unvorsichtig, als daß man erwarten konnte, es die Verwaltung des Staats übernehmen. Es sollte die Machtmittel des Staats erobern, um sie in die Hand einer Organisation von Revolutionären oder gar nur einzelnen zu legen, die dann als Diktatoren die soziale Revolution durchzuführen hätten.

So erwartete G. B. Welling in seinen „Garanten der Harmonie und Freiheit“ von der kommenden Revolution die Ermöglichung eines Diktators:

„Dieser wird ein zweiter Robespierre sein, größer als der erste. Er wird den morschen Bau der alten gesellschaftlichen Ordnung zertrümmern, die Tränenquellen in den Meer der Vergessenheit leiten und die Erde in ein Paradies verwandeln. ... Die Gewalt aber, die ihm verleiht, wird er nicht eher aus den Händen lassen, bis das kühne Werk vollbracht ist.“

Kemper utopisch dachten die Blanquisten. Aber auch sie erstrebten die Diktatur, wenn schon nicht eines Einzelnen, so doch einer Minorität im Staat.

Marg und Engels wurden durch den Blanquismus anfangs stark beeinflusst, wenn sie ihn auch von vornherein kritisch gegenüber standen. Die Diktatur des Proletariats, die sie anstrebten, trug zunächst sehr viele blanquistische Züge. Aber je länger sie die Entwürfe beobachteten, desto klarer erkannten sie, daß eine proletarische Revolution nicht das Werk von Minoritäten sein könnte. Engels hat darüber gehandelt in seiner letzten Publikation, der bekannten Vorrede zu der Margischen Schrift über die „Klassenkämpfe in Frankreich“, wo er sagt, daß er und Marg schließlich zu dem Resultat kamen:

„Die Zeit der Ueberrumpelungen der von kleinen, bewußten Minoritäten an der Spitze bewußter Massen durchgeführter Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, müssen begriffen haben, warum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt.“

Kur dort wo die Volksmehrheit im ganzen Staat, nicht bloß in einem Großstädte hinter uns steht, können wir, wenn wir einmal die politische Macht erobert, uns behaupten. Die Bedingungen dafür sind nicht überall und jederzeit gegeben, doch sind sie überall in rätlicher Zunahme begriffen. Die eine dieser Bedingungen besteht darin, daß die Masse der Bevölkerung proletarisiert ist. Das ist ein Zustand, der durch die kapitalistische Entwicklung ohne unser Zutun geschaffen wird. Doch damit ist's nicht abgetan. Es gehört noch die zweite Bedingung dazu: die erforderliche Kampf-sähigkeit des Proletariats, eine gewisse Höhe seiner Organisation, seiner Intelligenz, seines Kräftegefühls. Sie erstreckt sich auf den Klassenkampf, um so rascher, je intensiver er vor sich geht. Sie kann in revolutionären Zeiten sprunghaft wachsen.

Durch diese Beziehungen des proletarischen Klassenkampfes zur Revolution wird er über das Niveau eines bloßen Strebens nach mehr Lohn und weniger Arbeit emporgehoben, mit einem bedeutsamen Inhalt erfüllt, indes gleichzeitig die Revolution aufhört, das einmalige Abenteuer eines Verschwörungslubs zu sein. Es wird zum unvermeidlichen Ergebnis der allseitigen Arbeit und Kämpfe der proletarischen Klasse nach Besserstellung.

Der Marxismus bedeutet die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus, der Reform mit der Revolution. So zeigt er auch den Weg zur Verhinderung der Diktatur des Proletariats mit der Demokratie. Diese wie jene bedeutet in einem entwickelten modernen Staat die Herrschaft der klassenbewußten Volksmasse über eine Minorität von Ausbeutern.

Wo es aber in einem ökonomisch rückständigen Staat zu einer demokratischen Revolution kommt, ehe noch die Bedingungen für eine Diktatur der Volksmehrheit gegeben sind, muß die Idee der proletarischen Diktatur weichen vor der Idee der Demokratie, dort das Proletariat sich nur zur Geltung zu bringen suchen als ein Glied in der Kette der arbeitenden Schichten überhaupt, zu denen nicht bloß die Lohnarbeiter gehören, sondern alle, die von ihrer Arbeit leben, also auch die Kleinbauern.

Auch da wird das städtische industrielle Proletariat stets eine maßgebende führende Position einnehmen als die intelligenteste, am weitesten stehende am besten organisierte, die der Regierungsgewalt am nächsten stehende Schicht der arbeitenden Massen, als diejenige, der am meisten für die Zukunft erwacht, weil ihr die Zukunft gehört, die die Partei großer Ideale ist, durch die sie mit revolutionärem Enthusiasmus erfüllt und in ihrer Kraft aufs höchste gesteigert wird auch dort, wo die Gegenwart noch nicht bereit ist zur Diktatur des Proletariats

Hochkonjunktur für das Kapital.

H. R. Heppiger denn je geht's nun die Wucherschlange Kapital. Die toll hinauf getriebenen Preise aller Waren lassen zunächst auch die Gewinne des Kapitals riesenhaft anwachsen und aus den Gewinnen wird wieder zinsbringendes Kapital. Obwohl während der Kriegszeit wirtschaftliche Kulturfind in nur sehr bescheidenem Umfang hervorgerichtet worden sind, die meisten Menschen mit der Herstellung von Verbrauchsgüterzeugen und mit dem Zerstoßen von Kulturwerten beschäftigt waren, die Gesamtheit mithin nicht reicher, sondern viel, viel ärmer geworden ist, hat sich das Kapital gemehrt; es ist feist und fett geworden.

Eine kleine Vorstellung davon geben die Neugründungen von Aktiengesellschaften, sowie die Erhöhung des Grundkapitals bei den bestehenden Gesellschaften. Allein im Jahre 1917 sind durch Neugründungen rund 570 Millionen Mark neu investiert worden gegen 317 Millionen Mark der Neugründungen im Jahre vorher. Durch Kapitalerhöhungen haben die bestehenden Gesellschaften im Jahre 1918 ihre Betriebsmittel um rund 300 Millionen Mark vergrößert, im letzten Jahre jedoch um 606 Millionen Mark.

Alle diese Reueckerklärungen entstammen in der Hauptsache aus „erparten“ Kriegsergebnissen. Für dieses „Sparsam“ muß die wertigste Arbeit in Zukunft bewandt werden. Die Kriegsgewinne befehlen die Arbeit der Zukunft, sie machen uns und unsere Kinder und Enkelkinder aber dem Kapital tributpflichtig, so lange es die vollständige Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch eine kapitalistische Produktionsordnung abgelöst wird. Die Aufgabe zu beschleunigen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Spiegel der Gewerkschaftspresse.

„Die Gewerkschaft“ (Nr. 1, 1918), Organ des Verbandes der Gemeindevorstände, fordert die Mitglieder auf, sich an der für die Zeit vom 10. bis 16. Januar angeordneten Urstimmung über finanzielle Neuregelung im Verbandsrat zu beteiligen. Infolge des Krieges sind Einnahmen und Ausgaben in ein Verhältnis geraten. Es liegen zwei Vorschläge zur Erörterung vor. Sie lauten:

1. Vorschlag: Der Verbandsbeitrag (außer Katalogschlag) wird vom 1. April 1918 ab für männliche Mitglieder (mit Ausnahme der Jugendlichen) um weitere 10 Pf. erhöht und beträgt dann einschließlich des Kriegszuschlags wöchentlich 60 Pf. (statt bisher 50 Pf.) und 70 Pf. (statt bisher 60 Pf.). Für weibliche Mitglieder, welche ein wöchentliches Lohnentkommen von 21 Mk. und darüber haben, wird der Verbandsbeitrag um 5 Pf., und zwar einschließlich Kriegszuschlag auf 40 Pf. (statt bisher 35 Pf.) pro Woche erhöht. — Der Beitrag für pensionierte Mitglieder wird von 15 Pf. auf 20 Pf. festgesetzt.
2. Vorschlag: Der jetzige Verbandsbeitrag bleibt unverändert. Die Erwerbslosenunterstützung wird — jedoch nur im Falle der Erkrankung — von 6 Mk. auf 4,50 Mk. und von 7,50 Mk. auf 6 Mk. pro Woche herabgesetzt. Die Sätze in § 18 Absatz 2 erfahren eine entsprechende Ermäßigung.

Im „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker (Nr. 2, 1918) liest man:

„Eine betrübende Erscheinung ist die von der Schwerindustrie begonnene Unterminierung der öffentlichen Meinung durch Verkauf von Zeugnissen, die meistens schon gut eingeführt sind. Schwerindustrielle, Altkontrollen und Vaterlandspartei sind zu einer wahren Panoramabühne verbunden, aus der die Schwaden einer unheilvollen Kriegspolitik emporsteigen. Die Auslandsanzeigengesellschaft sowie die Deutsche Verlags- und Anzeigengesellschaft sind die wichtigsten Ausdrücke für diese jeder Neugestaltung feindlichen Bestrebungen. Die letztgenannte Zeitschrift ist rein aus dem deutschen Schlags; sie hatte im Jahre 1916 schon 2 Millionen Mk. ins Geschäft gesteckt und wollte 1917 noch 5 Millionen aufwenden, um in der Provinzpresse Anker werfen zu können. Es ist ein Trauerspiel, daß sich ganz renommierte Blätter über den Tisch ziehen, was nicht einmal leicht zu erkennen ist, denn in geschäftlicher Beziehung tritt keine Veränderung bei den gelaufenen Zeitungen ein. Eine Verstrufung der deutschen Presse in reaktionärem Sinne, wenn das auch noch als „Erfolg“ des Krieges zu buchen sein soll, so wird diese schwere Zeit noch mehr mit Flug besetzt werden.“

Die „Hilfsarbeiter-Zeitung“ (Nr. 2, 1918) beschäftigt sich mit der Möbelverfertigung als Kriegszweignahme und bemerkt dabei u. a.:

„Die größte Beachtung verdient in dieser Hinsicht das Vorgehen der Stadt Köln. Dort hat die Stadtverordnetenversammlung Anfangs Dezember 1917 einen Kredit von zwei Millionen Mark für den Zweck bewilligt. Aus der Begründung, die der Vorlage gegeben wurde, geht hervor, daß man auch der Sammlung von alten Möbeln größere Aufmerksamkeit schenken will. Die Stadt richtet eine Sammelstelle ein und zahlt für alte Möbel den Friedenspreis neuer Möbel. Wichtiger ist der Plan für die Beschaffung neuer Möbel. Der Referent führte aus, daß der Käufer die Stadt dazu zwingt, in den freien Handel einzugreifen. Für Möbelverfertigungen, die sonst 140 bis 180 Mk. kosteten, werden jetzt 900 Mk. gefordert. Durch ihre Abkürzung wird es die Stadt erreichen, eine geborgene Rüche, bestehend aus Schrank, Anrichte, Tisch und zwei Stühlen, für ungefähr 800 Mk. abzugeben. Nach einem Abkommen mit der Innung wird diese monatlich 200 bis 300 Einrichtungen liefern. Darunter hat die Stadt mit einer großen Firma abgeschlossen, die monatlich 500 bis 700 Möbelverfertigungen liefern kann. Eine auswärtige Fabrik wird monatlich 1000 Einrichtungen, vor allem Schlafzimmern, liefern. Ein anderer Abschluß sieht die Lieferung von 15 000 Stühlen.“

Etwas Neues auf diesem Gebiet scheint auch die am 12. Dezember auf Anregung des preussischen Handelsministers und mit Hilfe des Groß-Berliner Vereins für Reinwohnungswesen erfolgte Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft zu sein, die den minderbemittelten jungen Bauern die Hausstandsgründung durch Beschaffung von billigem schickem Hausrat ermöglichen will. Bekannt wird in dem Bericht über die erfolgte Gründung, daß die Gesellschaft eine Reform des Wohnungsgeschäfts durch scharfe Trennung des Kredit vom Warengeschäft herbeiführen will. Mit namhaften Mitteln hätten sich die Provinz Brandenburg, die Stadt Dichtenberg sowie führende Großindustrielle beteiligt. Dieser Groß-Berliner Möbelgesellschaft, an deren Spitze der Staatssekretär Dr. Dernburg steht, werden sich voraussichtlich noch weitere Groß-Berliner Gemeinden anschließen. Wegen des Anschlusses von Neubölln schwaben Verhandlungen.“

Die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ (Nr. 1, 1918) beschäftigt sich in einem Aufsatz mit der Schwerindustrie, die sie als einen der treibenden Kräfte des Krieges anspricht. Der Aufsatz klingt also an:

... Auch nach dem Kriege nicht. Die Industrie wird mit einem ungeheuren Bedarf an sie beizutreten, und mit dem gewöhnlichen Bedürfnissen rechnet man ab. Jedes Jahr die deutsche Schwermetallindustrie einen Teil ihrer Produktionskraft wieder zu gewinnen. Und es mehr, als durch den Krieg allein unheimliche Konkurrenz auf Jahre hinaus gemacht worden sind. Lebensfähigste jedoch die Schwermetallindustrie in die Gegenwart. Tausenden von Handwerkerfamilien, Dutzenden von 20 Fragen und mehr und fünfzig fröhliche Stunden sind an der Tagesordnung.

Dass die Höhe der Arbeiterkraft bei dieser speziellen Abhängigkeit einen relativ hohen Stand erreicht haben, ist nicht zu ver wundern. Die Industrie befindet sich hierin gegenwärtig in einer Zwangslage. Wie es die Schwermetallindustrie tatsächlich meint und vor allem nach dem Krieg zu halten gedenkt, wie sie beabsichtigt ist, nicht allein die Höhe, sondern auch die soziale Lage offen und auf allerhand Schleichwegen abzubauen, dafür findet der aufmerksame Leser in der Tagespresse, in den innerpolitischen Vorgängen genügend Beispiele.

Der „Correspondent“ für Deutschlands Buchdrucker (Nr. 3, 1918) schreibt in einem langen Aufsatz, in dem politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen besprochen werden:

„Ein wesentlicher Kerngegenstand der Tätigkeit der russischen Vertreter ist, daß sie zwar den Frieden als obersten Zweck lebhaft wünschen, daß ihnen jedoch über alles ihr Ideal der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung der Welt im Sinn ihrer Grundzüge steht. Dadurch unterscheiden sich die Auseinandersetzungen in Welt-Ämtern grundlegend von allen früheren diplomatischen Verhandlungen der Geschichte. Wie die Dinge nun einmal liegen, muß leider noch mit schweren Kämpfen an der West- und Südoberfront gerechnet werden, ehe der Friedensgebirge siegreich seine Bahn ziehen kann. Hoffentlich legt die wachsende Friedensbewegung in allen Ländern die Besetzung des starken Kriegsgewaltens und des rücksichtslosen Siegerwillens bald hinweg. Im Interesse der lebenden Menschheit das durchaus.“

Mit dem Wachsen der Friedenshoffnungen vertieft sich für das deutsche Volk allerdings auch die Aussicht auf eine Zeit enger innerpolitischer Kämpfe. Nicht nur, daß Junker, Großindustrielle und sonstige Kriegsgewinnler unter allen Umständen am Ruder zu bleiben gedenken, es suchen auch die Rückstärker in jeder anderen Hinsicht mit Zähigkeit auf ihre Rechnung zu kommen. Kennzeichnend dafür sind die Vorwürfe, die der preussische Wahlrechtsentwurf im Abgeordnetenhause gefunden hat und die Einseitigkeit, die einer Reform des sächsischen Landtagswahlrechts bei der sächsischen Regierung begegnet.

Der „Fürstener“ (Nr. 25, 1917) veröffentlicht eine Bekanntmachung des Vorstandes, der einen außerordentlichen Verbandstag nach Naumburg einberuft. Unterbreitet wird ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge in der 2., 3., 4. und 5. Klasse und der Unterstützungssätze. Insbesondere sieht der Vorstand neben einer wesentlichen Erhöhung der Streifen- und Gemahrgelddarunterstützung eine solche der Arbeitslosenunterstützung ins Auge. Auch die Sterbeunterstützung soll beibehalten und auf die unterhaltspflichtigen Kinder bis zum 15. Jahre ausgedehnt werden. Den inoffiziellen Mitgliedern soll durch Zahlung eines geringen Beitrages der Anspruch auf das Sterbegeld und das Sachorgan gesichert werden. Der Verbandstag wird auch Stellung nehmen zu dem Versuch des Vorstandes, die Redaktion des Verbandsorgans unter seine Jurisdiktion zu stellen.

**Wie sie durchhalten.**

- Wir lesen in einem sozialistischen Blatte: Vor und liegt folgende vornehm gedruckte Speisenfolge:
- Geliebte Gabel.
  - 1913 Abmannhäuser.
  - Krautbrühe mit Marfchritten.
  - Forellen blau mit frischer Butter und bergische Nieren.
  - 1913 Bernkasteler Rosenberg.
  - 1911 Rübeheimer Berg Burgweg.
  - Gangspargel mit Schinken.
  - 1911 Enfrischer Steppenberg.
  - 1911 Rhaugauer Herrntuul.
  - Kostbraten mit Salat, frischen Kartoffeln und verschiedenen Kompott.
  - 1914 Rübeheimer Berg.
  - 1915 Brauneberger.
  - Eis - Cuvée.
  - Räseplatte.
  - Wodka - Badewerd.
  - Obst.

Da staunt du, lieber Leser, und bist bei der Lektüre dieser „Einheiten“ vielleicht schon satt geworden, wenn du nicht gerade kurz vorher schon in den Gefüssen unserer Kriegsernährung: Vepel mit Raffersin geschwelgt hast. Aber du müdestest auch gern wissen wie man bei neun Gängen und sieben verschiedenen Weinen noch so leben kann? Es handelt sich um einen Munitionunternehmer, Herrn Rudolf Stachel, der in der Oberdenkmalstraße in Barmen seinen Betrieb hat und anlässlich seiner silbernen Hochzeit am 20. letzten Sonnabend nicht weniger als 60 Gedecke mit oben abgedrucktem Menü hatte auffahren lassen. Nicht, daß wir Herrn Stachel und seinen Gästen das schöne Essen nicht gönnten; 3 wo! Aber in unserer Zeit möchten wir unseren Lesern doch zeigen, daß man nicht auf seine „Einheiten“ angewiesen ist, wenn - und das ist das Entscheidende - man die Geder dazu hat.

**Kontrollsteuer für freigegebenes Leder zu Vertritt.**

**Ergänzung zu den Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Bodenleder vom 3. November 1916.**

(Ausnahmegenehmigung der Militärbehörden von der Bekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder vom 20. Oktober 1917 Nr. L. 888/7. 17 RR.)

Die von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder der Reichslederhandels-Gesellschaft m. b. H. noch vor dem 20. Oktober 1917, d. h. noch unter Geltung der Bekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder vom 8. August 1916 (Dr. Ch. II. 888/7. 16 RR.), ausgeteilten Bodenleder dürfen sowohl von der R.L.S.G., als auch von deren Abnehmern unter Zugrundelegung der Höchstpreise der vorgenannten Bekanntmachung gemäß den Bedingungen der Kontrollstelle für freigegebenes Leder für die Abgabe von freigegebenem Bodenleder vom 3. November 1916 abgegeben werden.

Berlin, den 7. Januar 1918.

**Kontrollstelle für freigegebenes Leder.**  
Dr. Kraeger.

**Bekanntmachung**

Da sich infolge der von der Eisenbahnverwaltung angeordneten Güterperre die 11. Verteilung der Bodenleder für die Gruppe Kleinvertrieb verzögert hat, wird diese zusammen mit der 12. Verteilung vorgenommen werden.

Für jede Verteilung und für jede beschäftigte Arbeitskraft werden 2 Kilogramm Bodenleder zugewiesen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß größere Bodenledermengen als bisher nicht zur Verfügung stehen und daher zurecht Ausführung der dringend notwendigen Schuhverfabrikationen bei Vermeidung des Ausschusses von der Zuteilung freigegebener Bodenleder auch künftighin auf Abnahme der Erfolgslohn bestanden werden muß.

Berlin, den 9. Januar 1918.

**Kontrollstelle für freigegebenes Leder.**  
Dr. Kraeger.

**Bekanntmachung**

Zur Vermeidung von Irrtümern wird darauf hingewiesen, daß die in der Bekanntmachung der Kontrollstelle für freigegebenes Leder vom 31. 12. 1917 enthaltenen, die Zuschlagbedingungen B betreffend die Erteilung von Schuh-Oberleder vom 24. 11. 16 abändernden Vorschriften, die für die Schuhfabrikbetriebe vom Uebernahmungsansatz der Schuhindustrie bereits seit längerer Zeit erlassen sind, nunmehr auch für das Schuhmacherhandwerk und die Schäfteindustrie angeordnet werden.

Berlin, den 9. Januar 1918.

**Kontrollstelle für freigegebenes Leder.**  
Dr. Kraeger.

**Bekanntmachung.**

Die Kontrollstelle ist zurzeit mit der Prüfung der Kundeneinschreibungslisten an Hand der Lederarten und polizeilich

**Neuer Katalog** (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacherwerkzeuge** soeben erschienen. — Versand gratis und franko. — E. Wölke, Berlin, Lothringersstraße 83.

**Die Arterienverkalkung** und ihre Folgen, Fäimungen, Schlagfluß, Wefen, Verküftung und Behandlung von Dr. Luda. Wertvolle Ratfchläge und die Mittel zur Verhütung. Preis nur Mk. 1.80 per Nachnahme von Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Gödenbe 57.

**Handstanzmesser** Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk. Fernruf 590 Amt Obftg. Theo Breuer, Merfcheid b. Gollngen.

**Züchtiger, energischer Handzwider** als Vorarbeiter für größere Handzwidererei sofort gefucht. Fork & Pulvermacher, Burscheid, Bez. Düsseldorf.

... erforderlichen Unterlagen von den Lederfabrikanten bezugweise eingefordert.

Eine Reihe von Lederhändlern haben ohne Aufforderung die zur Nachprüfung ihrer Kundeneinschreibungslisten erforderlichen Unterlagen der Kontrollstelle eingelebt. Der großen Anzahl der in Frage kommenden Lederhändler erucht die Kontrollstelle die Lederfabrikanten, die zur Prüfung der Kundeneinschreibungslisten notwendigen Unterlagen unaufgefordert nicht einzulenden, da diese nur in der Umfang, als der Kontrollstelle hierfür Personal zur Verfügung steht, bearbeitet werden können.

Berlin, den 9. Januar 1918.

**Kontrollstelle für freigegebenes Leder.**  
Dr. Kraeger.

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes**

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, für diese Woche von 14. Jan. bis 20. Jan. der 3. Weibbeitrag fällig ist.

Der Zählstelle Hartza 1. Ca. wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Januar 1918 an allen Klassen (bisher nur in der 2. und 3. Klasse) Ertraktsteuer von 5 Pfg. pro Woche und Mitgliedsbeitrag zu erheben.

Die Mitglieder dieser Zählstelle machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Ertraktsteuer die Folgen des § 8 a. nach sich zieht.

Münzberg, den 12. Januar 1918.

Der Vorstand.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen**

**Eppendorf.** Den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß am 19. Januar die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle gezeugen werden.

**Freiberg.** 1. Bevollm. Max Reichel, Weingasse 19, Wiforen; Clemens Dietrich, Kreuzgasse 1; Moritz 3. Untergasse 8. Alle Zufchriften sind an den Bevollm. Reichel zu richten.

**Leipzig.** Karl Münch, 1. Bevollm., Leipzig - Städt. Giechäft-Strasse 15; Gustav Barenreuther, 2. Bevollm., Leipzig, Giechäft-Strasse 25, Hof rechts; Hermann 3. Bevollm.; Karl Madera, Anton Stengl, Revier

**Ehrentafel** für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Eppendorf. Max Lindner, gefallen.

**Sterbetafel.**

Hermann Germer, geb. am 2. August 1869, Großsch, gest. am 8. Januar 1918 in Großsch.

**Damen- u. Herrenarbeit** für dauernde Arbeit gefucht. Wilh. Schulz, Bonn a. Rh., Belfort.

**Großsch.**

Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 Uhr **General-Versammlung** im „Alten Schützenhause“.

- Tagesordnung:
1. Quartals- und Jahresbericht.
  2. Neuwahl der Ortsverwaltung und Kartelldelegation.
  3. Reichslohnstarif für Zivilarbeit.
  4. Anträge.

**Die Ortsverwaltung**

**Nachruf.** Am 8. Januar starb unser langjähriges treues Mitglied und Kollege

**Hermann Germer.**

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. Die Mitgliedschaft Großsch.

# Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 3.

## Für unsere weiblichen Mitglieder.

### Für alle Frauen.

Die Welterhebung hat während des traurigen Krieges Organe gefeiert. Die Presse der Ententestaaten mit einem gewissen Behagen in Beschimpfungen und Äußerungen der Völker der Verbundmächte geschwiegt die Zeitungen der Verbundmächte haben nicht weniger dieses gefeiert. Die niedrigsten Leidenhaften und Sünde wurden aufgewischt und hoch und Verehrung gegen über gesprochen. Und das geschah und geschieht, trotz alle diese Völker bis zum Ausbruch des Krieges mit ihr in friedlichem Verkehr standen und gegenseitig lebhafte Beziehungen mit einander pflegten, und nach Kriege wieder miteinander pflegen müssen, denn kein kann ohne die anderen leben.

In einer solchen Zeit wirkt es auf den gebildeten Menschen ein schmerzhaft in der Finsternis, wenn eine wie der Menschheit und Menschlichkeit sich an das Tageslicht zeigt.

Aus einem nicht mehr erscheinenden Blatt entnimmt die „A.“ einen vom 17. April 1915 erschienenen Aufsatz von Marie Gapp, in welchem diese sich scharf gegen die Kämpferinnen der französischen Heerblätter wendet. Dann ist sie:

„Denn es gibt eine natürliche, sich über politische Streitigkeiten erhebende Gemeinschaft, die alle Frauen der ganzen verbindet; wer die einen beschimpft, trifft damit auch andere. Alle Frauen, seien sie nun blond, braun oder rot, unter der Sonne des Äquators oder in der Gegend zogen Eises geboren, werden von einem, allen gemeinsamen Erbe geleitet. Gesetze, Staatsformen, Interessen sind nichts dagegen: durch ihre natürliche Bestimmung ist Frau das Geschlecht, dem sich das Leben unter Schmerzen bindet. Überall ist das Weib, dem Mannes seiner Wahn seinen Kindern verbunden. Darum sind die Frauen mit ihr und Herz in in ständiger Auflehnung gegen alles, ihr Wert gerührt, was ist.“

Sagen sie sich verschieden nennen, verschieden kleiden, verschiedene Haut haben, der Instinkt der Natur macht sie alle gleich. Herkömmlichkeiten, Glaubens sind nur menschliche Schöpfungen. Der weibliche Instinkt ist die erbundene Kraft, die aus der Natur selbst kommt. Um ihren Heimlichkeiten eine Ursache zu geben, sind die Religionen und Pflichten erfunden. Die Gesellschaftsordnung formt sich um, Pflichten sind, alle Kulturen verschwinden, Religionen sterben, Ideen vorrücken die alten. Der weibliche Instinkt ist nicht unerschütterlich, und bei der Frau des zwanzigsten Jahrhunderts findet er sich ebenso jung und ebenso kräftig wie bei dem Urweib, das vor Jahrtausenden gelebt hat. Die Erziehung, die Bildung, die Wohnsituation mögen die Weiblichkeit verschieden formen. Im Augenblick der Krise ist das alles dem von jeder künstlichen Hülle befreiten Weib gegeben. Dieses Material redet in dieser Stunde hergen der französischen, der englischen, der russischen, deutschen Frau. Die Briefe von den Ufern der Rhone, Loire, der Seine, des Rheins, der Spree, der Donau, der Nordsee bringen den Männern, die kämpfen und fallen, die unablässige Zärtlichkeit, die gleichen unablässigen Anfeuerung.

Auf den Schlachtfeldern der Ostfront haben die Berichterstatter der großen russischen Zeitungen Briefe geschrieben, von deutschen Frauen geschrieben wurden. Der „Revue de France“ hat einige davon nachgedruckt. „Hört, wie die ‚müde Aurore-Boches‘ reden: „Nicht Dir keine Sorge um mich, Liebster, ich werde einen Ausweg finden. Unsere große, treue Liebe wird im Unglück bestehen und wir werden es überwinden. Hoffe, daß wir uns zu Weihnachten sehen werden, denn die mich sehr einsam ohne Dich. Die Blumen, die Du beim Abschied gabst, sind noch immer sehr schön...“

„Mein Lieber, mein Liebster, ich bin tödlich besorgt... einmal umarme ich das Bett, in dem Du schliffst. Ich weine alles in der Welt geben, um Dich zu sehen. Ich muß stöhnend weinen. — Deine bis zum Tode treue Frau.“

„Ich fühle, ich weiß Gelliebter, daß ich Dich nicht mehr werde. Mama will, daß ich eine andere Wohnung nehme, denn in der unseren weine ich immer. Aber ich war glücklich in dieser Wohnung, daß ich mich nicht entschließen kann, sie zu verlassen. Du bist mein einziges Glück, ich will Dich hier erwarten, wo unser Glück geboren ist.“

„Webrigens denke ich an nichts. Ich fühle nur, daß ich nicht mehr leben werde. Es hat man mir Dein Bild gebracht, daß ich in ein Kissen fallen ließ. Ich werde mich nicht mehr vom Hause lassen. Du hast nun schon drei Briefe gegen die Russen mitgebracht, aber dieses Volk ist so wild, noch weitere dreihundert Briefe zu schlagen... Ich weiß, daß ich Dich nicht wiedersehe...“

„Ich bin so müde, ich möchte wissen, wie es mit Deinen

Stücken geht. Sind sie gefeiert? Ich denke immer daran. Wenn Du Soda brauchst, so schreibe, ich habe einige Paare gestickt.“

### Mary Wollstonecraft.

Unter den Vorkämpferinnen für das volle Bürgerrecht der Frau ist eine der bedeutendsten und selbständigsten Erscheinungen unstreitig die edle Mary Wollstonecraft. Mary Wollstonecraft wurde im Jahre 1759 von irischen Eltern in England geboren. Auf unglücklich düstere, freudlosen Kindheit folgten Jahre des Lernens und Studierens neben eifriger häuslicher Tätigkeit. Frühzeitig strebte das junge Mädchen nach beruflicher Selbstständigkeit. So war Mary Wollstonecraft Lehrerin, Erzieherin und Schulleiterin, im Nebenamt auch Schriftstellerin, und zwar vorwiegend auf pädagogischem Gebiet. Unbegrenzt war in dieser Zeit ihre Opferbereitschaft gegen ihre hilfsbedürftigen Angehörigen, für die sie sich die schwersten Entbehrungen auflegte. Schließlich widmete sie sich ganz ihren schriftstellerischen Arbeiten. Sie folgte damit dem Rat ihres Beraters Johnson, dessen treuer Freundin sie selbstlose Förderung ihrer reichen Anlagen verdankte.

Im Hause Johnsons lernte sie eine Anzahl radikal gerichteter Politiker und Utteraten kennen. Die Seele dieses erlesenen Kreises war der Enthusiast für die französische Revolution mit ihren Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wie im Sturm entflammte das gewaltige Ereignis in allen Kulturländern fortgeschrittene Geister und erweckte mit seinem Glanz neue schöpferische Gedanken zum Leben. In dem revolutionären Kreise empfing Mary Wollstonecraft die entscheidenden Anregungen für ihre ganze fernere Entwicklung.

Als der englische Staatsmann Edmund Burke in einem Pamphlet ganze Räuel über die französische Revolution ausschüttete, ließ Mary Wollstonecraft als Erwiderung auf seine „Betrachtungen über die französische Revolution“ ihre erste bedeutende Schrift erscheinen: „Die Verteidigung der Menschenrechte.“ Es war ein in leidenschaftlicher Hast hingeworfenes Bekenntnis zu den großen Zielen der Revolution. Aber nicht nur für die politische Menschheit, für das ganze millionenfache Volk der bis auf Blut ausgeplünderten armen Völkern hatte Mary Wollstonecraft Augen und Ohr. In ihrer Schrift wie auch in ihrem später erschienenen Hauptwerk schreubt sie aus der Tiefe ihrer republikanischen und demokratischen Überzeugung heftige Angriffe gegen den König, die träge Marionette an der Spitze eines Hofes, gegen den verrotteten Adel, gegen „das saure Gefindel der Weiblichen“ wie gegen den Sklavenbesitzer der stehenden Heere. Sie sieht in der Klassencheidung die Ursache aller öffentlichen Schäden, in der Armut die Mutter der Verbrechen und der Prostitution. „Der Mensch ist die Beute des Menschen“, ruft sie Burke zu, „und Sie trauern um den elken Schmutz, der einen göttlichen Meiler befeuert, um die Drehmühle, die den fetten Priester zum Gebet ruft!“ Die Schrift machte die Verfasserin schnell bekannt, doch trug sie ihr auch den fanatischen Haß des Angegriffenen und seiner gleichgesinnten Freunde ein. Marys fühner Geist ließ sich dadurch nicht beirren, rastlos arbeitete sie an der Fortentwicklung ihrer neugewonnenen Ideen von sozialer und politischer Gleichberechtigung. Als die Frucht ihrer Studien und ihres Denkens haben wir die nach zwei Jahren (1792) erschienene „Verteidigung der Frauenrechte“ anzusehen.

Bereits 1787 und 1789 hatte der Philosoph Condorcet in Frankreich die volle Gleichberechtigung, einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts, für die Frau gefordert. Menschenrechte, das war seine Auffassung, dürften nicht nur Männerrechte bleiben, sondern sie müßten auch Frauenrechte sein. Gerechtigkeit für die weibliche Hälfte der Menschheit verlangte auch Mary Wollstonecraft. Allein die Verleihung des vollen Bürgerrechts an die Frau ist ihr, die weiter und tiefer dachte als Condorcet, nicht nur die Erfüllung eines abstrakten Gerechtigkeitsgedankens, sondern auch die unerlässliche Voraussetzung zur höchsten Entfaltung der Persönlichkeit, zur Vollenziehung ihres Lebens als Weib und Mutter. Politische und wirtschaftliche Befreiung soll die Frau erst fähig machen zur vollkommenen Lösung ihrer Sonderaufgaben.

Aus herben Lebenserfahrungen heraus findet Mary Wollstonecraft die schärfsten Worte der Verurteilung für die Rückständigkeit ihrer Zeitgenossinnen, besonders der durch Reichtum und Freiheit verderbten Frauen der höheren Stände. Aber sie erklärt die Widerwertigkeit der Frau

auch aus der Vernachlässigung der weiblichen Erziehung. „Es ist klar daß die Frau durch ein Zusammenwirken von Umständen schwach und erniedrigt wurde. Von ihr gilt, was von dem Volke behauptet wird: die Masse der Menschheit muß in Unaissenheit erhalten werden, sonst würden die unfähigen Ständen zur Erkenntnis ihrer Abhängigkeit kommen und ihre Ketten zerreißen. Die Menschen beugen sich vor Ihren Unterwürdigern, anstatt daß sie das Haupt erheben und das Joch abschütteln. Statt auf ihrem angeborenen Rechte der Freiheit zu bestehen, kriechen sie im Staube und sagen, wir wollen essen und trinken, denn morgen können wir sterben. Von den Frauen gilt dasselbe. Sie erniedrigen sich aus dem gleichen Mangel, den Moment zu genießen, und schließlich verachten sie eine Freiheit, die zu erringen sie nicht Kraft genug haben.“

Die Ausübung von Rechten setzt aber nach Mary Wollstonecrafts Überzeugung die gewissenhafte Erfüllung von Pflichten voraus. Auch in diesem Zusammenhang mißt sie der Erziehung die größte Bedeutung zu. Nur zum sinnlichen Lebensgenuss, zu einem Haremleben voll eitel Liebdelezen ergogen, ist die Frau unfähig, dem Manne, nachdem die Jahre der Lebenskraft verfliegen sind, eine verständnisvolle Freundin zu sein. Man reformiere die Bildung des Mädchens, man gebe ihnen mit den Knaben zusammen eine staatsbürgerliche Erziehung, und man wird beide Geschlechter erziehen und den Grund legen zu glücklichen Ehen. Nicht nur die Frauen würden dabei gewinnen, sondern die gesamte Gesellschaft. Doch nicht nur volle Gleichheit der Bildung, um teilnehmen zu können an den Bestrebungen der Männer, sondern auch wirtschaftliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vom Manne seien zu erstreben. Die Frau soll sich nicht auf der Straße oder in der Ehe prostituiertem müssen, um drückender Not zu entgehen.

Da die Frauen, denen alle politischen Rechte vorenthalten sind, keine Aufmerksamkeit für die Gemeininteressen der Gesellschaft haben, da sie sich nach ihrer ganzen Erziehung am Hergebrachten hängen, unfähig sind und jedem Übergang zur Besessenen, so sind sie auch unfähig zu einer vernünftigen Erziehung ihrer Kinder. „Der weibliche Geist soll und kann mehr aufnehmen, als ihn heute geboten wird, und bevor dies nicht geschieht, werden Frauen keine vernünftigen Mütter sein.“ Aus Sklaven im politischen und bürgerlichen Sinne „mache man die Frauen zu vernünftigen freien Bürgern, und sie werden rasch gute Ehefrauen und Mütter werden...“ Man lasse sie gemeinsam mit dem Manne teilnehmen an den Vorteilen der Erziehung und der Regierung und sehe dann, ob die Frauen nicht im selben Maße klüger und besser werden, als sie freier werden.“

„Erlischt“ nennt Mary Wollstonecraft eine selbständige Mutterliebe, die sich im engsten Familienkreis erschöpft und nicht auch in allgemeiner Menschenliebe des Bundes gedenkt, das alle Familien und alle Menschen untereinander verbindet. Allein nur Staatsbürgerinnen werden Staatsbürger erziehen können. Zum vollen Staatsbürger aber gehört, daß die Frauen in der politischen Verwaltung am Parlament vertreten sind, statt daß sie sich willkürlich regieren lassen, ohne an den Verhandlungen der Regierung direkten Anteil zu nehmen. Da aber das ganze Verwaltungssystem heute in diesem Lande nur eine bequeme Handhabe für den Despotismus ist, so brauchen die Frauen sich nicht zu beklagen; sie sind so gut vertreten wie die ganze Klasse der hart Arbeitenden, die für die Erhaltung des Königtums zahlen müssen, während sie kaum Brot genug für ihre Kinder haben. Wie sind die vertreten, die mit ihrem Schweiß den Glanz der Könige und deren Mätressen unterhalten müssen? Steuern auf die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens ermöglichen es den Bräutigam und Bräutigaminnen, das Volk durch ihren Pomp zu verblüffen, und das Volk hat Hochachtung vor dem Prunk, den es selber so teuer bezahlen muß. Wie verdrückt muß ein Sinn sein, der sich gegen einen solchen Staat nicht auflehnt!“

Am Schlusse ihrer „Verteidigung der Frauenrechte“ stellt Mary Wollstonecraft das letzte große Ziel den Frauen noch einmal vor die Seele: ihre eigenen Eigenschaften zu entwickeln und die Würde eigener Kraft zu erlangen. „Was werden aber die Frau nicht tüchtiger finden, bis nicht in der Gesellschaft mehr Gleichheit herrscht, bis die Standesunterschiede nicht verschwinden sind und die Frau befreit; dann erst können wir würdigen häuslichen Glück zu sehen erwarten und einfache Größe, die von unmissenden, enttäuschten Geistern nie erworben werden kann. Die wichtige Aufgabe der Erziehung wird erst dann recht geschehen, wenn das Kaufere einer Frau nicht mehr wichtiger ist als ihr Geist. Es wäre ebenso klug, von Unkraut Korn oder von Dürren Feigen zu erwarten, als von einer törichten, unwillkürlichen Frau, daß sie eine gute Mutter ist.“ Um der heiligen Pflichten der Mutterchaft willen — das ist also der mannigfaltig verteilte Grundgedanke in Mary Wollstonecrafts Werk — soll die Frau, von allen unnatürlichen Schranken befreit, als glückliche und freie Bürgerin neben dem Manne stehen.

In sechs Wochen hatte Mary Wollstonecraft die Niederschrift des Wertes beendet, das mehr als 200 Druckseiten umfaßt. Die Zusammenfassung des riesigen Stoffes hat es schließlich unter der Haß der Arbeit gelitten, aber auch heute

